



# Interviews

**Datum: 08. November 2022**

## **Moritz Küpper im Gespräch mit Nathanael Liminski, CDU, Leiter der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen**

**Moritz Küpper:** Explizit als Privatmann will sich Tom Buhrow gesehen haben, vergangene Woche bei einem Vortrag im Hamburger Übersee-Club, als er, der ehemalige US-Korrespondent der ARD, Ex-Tagesthemen-Moderator, seit fast zehn Jahren WDR-Intendant und nun noch knapp zwei Monate Vorsitzender der ARD, über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Strukturen und auch dessen Reformfähigkeit gesprochen hat. Zusammengefasst, paraphrasiert, hat Buhrow Folgendes festgestellt beziehungsweise gefragt: Brauchen wir noch zwei bundesweite Fernsehsender, so viele regionale Radiokanäle? Und überhaupt: Worauf könnte verzichtet werden? Und anschließend beim WDR, der ihn auch dorthin begleitet hat, hat er gesagt:

**O-Ton Tom Buhrow:** „Ich höre es ja überall: Man will uns, aber man will uns schlanker. Man will uns auch stark, aber man will uns effizient und man will uns auch kosteneffizient. Wenn das so ist, muss man ehrlich sein und sagen, auf welche Leistungen im Programm man verzichtet, und das ist die Debatte, die ich bisher vermisse.“

**O-Ton Norbert Himmler:** „Eine Debatte über den Auftrag, aber auch über den Umfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist wichtig. Da bin ich bei Tom Buhrow. Ich teile aber nicht die pauschale Skepsis des ARD-Vorsitzenden in Bezug auf die Reformfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Ganzes.“

**Küpper:** ZDF-Intendant Norbert Himmler war das am Ende in seiner Reaktion auf den ARD-Vorsitzenden Buhrow. – Die Debatte, sie nimmt wieder Fahrt auf, und bei mir im Studio steht nun Nathanael Liminski (CDU), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland, in dem der WDR seinen Sitz hat, und außerdem ist er Mitglied im ZDF-Fernsehrat. – Guten Morgen!

**Nathanael Liminski:** Guten Morgen, Herr Küpper!

**Küpper:** Herr Liminski, wer hat recht, Tom Buhrow oder Norbert Himmler?

**Liminski:** Ich glaube, dass Tom Buhrow ein ganz wichtiges Signal gesandt hat mit seiner Rede, ein Signal der Offenheit und auch des Aufbruchs, und das zeigt, dass das Problembewusstsein für die Vertrauenskrise, die auch die öffentlich-rechtlichen Sender erfasst hat, dass das auch in der Spitze des größten deutschen ARD-Senders angekommen ist. Ich halte das für ein ganz wichtiges Signal, um jetzt in die Debatte darüber einzusteigen, was sich ja Bahn gebrochen hat seit der Diskussion im Sommer rund um den RBB. Es ging ja dabei nicht nur um den Umgang mit Geld durch eine Intendantin, um Massagesitze oder anderes, sondern da hat sich ja vieles aufgestaut, was jetzt diskutiert werden muss. Das sollten wir mit größtmöglicher Offenheit tun und ich finde es gut, dass der Vertreter, der Intendant, der Chef des größten ARD-Senders hier ein klares Signal gesandt hat.

**Küpper:** Aber ist es nicht eher ein Weglaufen vor der Verantwortung, ein Wegschieben von Verantwortung?

**Liminski:** Es ist nun einmal leider so, wie Tom Buhrow richtig beschrieben hat, dass Medienpolitik in Deutschland häufig entlang üblicher Grabenkämpfe verläuft, zwischen Sendern und Ländern, zwischen Interessengruppen und Sendern, zwischen Leitung der Sender und Redakteuren, und es ist wichtig, dass wir diese Grabenkämpfe jetzt überwinden. Dafür ist es aus meiner Sicht auch richtig, dass wir uns die Zeit nehmen, in dieser Phase, in dieser Situation jetzt mit Vertretern des öffentlichen Lebens, mit gesellschaftlich anerkannten Persönlichkeiten einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, wie es uns gelingen kann, in schöpferischer Treue zur Gründungsidee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland diesen für die Zukunft aufzustellen.

**Küpper:** Das ist der Runde Tisch, den Tom Buhrow vorschlägt. Bevor wir darauf zu sprechen kommen, noch ganz kurz, weil Sie es gerade so explizit sagen: Würden Sie auch selbstkritisch sagen, Sie als NRW-Landesregierung, als NRW-Staatskanzlei machen Rundfunkpolitik mit dem WDR, auch Standortpolitik? Das ist ja das, was Buhrow auch gesagt hat.

**Liminski:** Wir haben in der Rundfunkkommission der Länder immer wieder Vorschläge eingebracht, die auch die ARD insgesamt angehen. Wir haben auch an den WDR Fragen und auch Forderungen, die wir über die entsprechenden Gesetze entsprechend einbringen mit der jeweiligen Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag. Ich glaube, dass wir schon unseren Aufgaben nachkommen. Aber die Aufgaben, vor denen wir jetzt stehen, die Einsparnotwendigkeiten, vor denen wir stehen, die Umstellung im Bereich der Digitalisierung, die jetzt notwendig ist, die ist ein Kraftakt, den nur das Gesamtsystem insgesamt leisten kann. Deswegen ist es hier an der Stelle richtig, aus den üblichen Bahnen der alltäglichen Rundfunkpolitik einmal auszubrechen und sich die Zeit zu nehmen, darüber auch grundsätzlicher

nachzudenken, letztlich ja in dem Bemühen darum, dass die Vorschläge, die daraus erwachsen, auch Akzeptanz finden können und dann auch in die Umsetzung kommen.

**Küpper:** Aber wer sollte sie machen? Wer sollte an diesem Runden Tisch oder in dieser Kommission sitzen? So haben Sie es, glaube ich, vor einiger Zeit schon mal in der FAZ genannt. Wer sollte das machen?

**Liminski:** Eins ist ganz klar: Am Ende entscheiden die Länder. Die sind dafür verfassungsrechtlich zuständig. Und wir werden diese Entscheidung auch treffen. Aber es ist richtig, zur Vorbereitung dieser Entscheidung, glaube ich, zurückzugreifen auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die mit einer gewissen Unabhängigkeit und auch Distanz – ich denke etwa an Verfassungsrichter, ich denke an große Gewerkschafter, ich denke auch an Vertreter der Wirtschaft ...

**Küpper:** Aber wer benennt diesen Runden Tisch dann? Das ist ja auch eine Machtfrage.

**Liminski:** Das könnten die Länder tun. Ich halte das für den besten Weg, weil das auch diejenigen sind, die am Ende mit den Vorschlägen umgehen müssen. Das könnten auch andere Institutionen tun, aber in unserem Verfassungsgefüge sind nun einmal die Länder für den Rundfunk zuständig. Ich halte das auch für richtig und wichtig. Insofern würde ich dafür plädieren, dass eine solche Kommission durch die Länder eingesetzt wird.

**Küpper:** Aber läuft das Ganze nicht ein Stück weit konträr zu den jüngst aufgesetzten jüngsten Bewegungen zur Reform des Medienstaatsvertrages, dass die Anstalten mehr Freiheit haben, damit auch mehr Verantwortung, und damit auch die Frage, sie sollten bei sich selber anfangen zu kürzen?

**Liminski:** Ich glaube, das eine schließt das andere nicht aus. Wir haben mit dem aktuell in den Landtagen diskutierten Medienstaatsvertrag in der Tat zum einen eine Profilierung des Auftrages vorgenommen und zum anderen den Sendern Möglichkeiten gegeben, auf das veränderte Mediennutzungsverhalten die richtigen Antworten zu finden. Aber es ist die Frage, ob darüber hinaus – und das hat ja Tom Buhrow auch angeregt – wichtig ist, die Zeit in 10, 15 Jahren in den Blick zu nehmen, und da ist nun einmal die Erfahrung der letzten Jahre, dass dafür die Trippelschritte, die wir in der Rundfunkpolitik gehen, bisher nicht ausreichend sind.

Ich will ein Beispiel nennen. Wenn der WDR alleine sich über 250 Social Media Kanäle leistet, dann ist das nicht die Synergie, dann ist das nicht die Konzentration, die wir uns als Länder an der Stelle auch erwarten. Insofern muss es hier ein Umdenken geben.

Richtig ist es, auch auf junge Zielgruppen zuzugehen, die Umstellung auf die digitale Mediennutzung. Aber das muss damit einhergehen, dass ich Strukturen an anderer Stelle so hinterfrage, dass das alles am Ende in einem Kostenrahmen bleibt, denn wir erleben ja in diesen Tagen, in denen Familien und Unternehmen finanziell sehr gefordert sind, dass es auf jeden Cent ankommt in jedem Haushalt.

**Küpper:** Das heißt, Sie sagen aber auch als NRW-Landesregierung: auch der WDR muss verzichten, beispielsweise Hörfunkprogramme einschränken, weniger Kultur machen oder gerade – Sie haben es gesagt – Social Media Accounts?

**Liminski:** Ich glaube, die Profilierung des Auftrages, die wir vorgenommen haben, an der wir aus Nordrhein-Westfalen maßgeblich mitgewirkt haben, hat eher eine Fokussierung des Auftrages hin auf Bildung, Information, Kultur, Beratung gefordert. Ich glaube, die Unterhaltung muss dem dienen. Aber dementsprechend würde ich keine Schlussfolgerung daraus ziehen, dass es weniger Kultur sein sollte. Hier sehe ich im Gegenteil eine Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sich das auch zu leisten, das auch für die Gesellschaft zu leisten. Aber klar ist, unsere Anforderung an eine moderne Ausgestaltung der Sender richtet sich natürlich nicht nur an die ARD, natürlich nicht nur an das Miteinander von ARD und ZDF, sondern auch an den Landessender WDR.

**Küpper:** Dann aber auch grundlegend, so wie Tom Buhrow es gesagt hat? Ich habe es immer noch nicht genau verstanden. Sie sagen auf der einen Seite, es ist eine klare Profilierung, ein klarer Auftrag. Auf der anderen Seite jetzt diese Wortmeldung des Privatmannes Tom Buhrow: „Brauchen wir zwei Fernsehsender? Es muss Verzicht geben. Wenn wir irgendwas wegschneiden, gibt es direkt einen riesen Aufschrei.“

**Liminski:** Er beschreibt zum einen die Zwänge, in denen er sich als Intendant befindet. Ich finde, das ist legitim. Richtig ist doch, dass er damit auch gleichzeitig die Bereitschaft signalisiert, das alles einmal in Frage zu stellen und auch seitens der Sender hier Verantwortung zu zeigen und Veränderungsbereitschaft zu dokumentieren. Das wird ja notwendig sein, denn eins ist doch klar: Wir werden das als Rundfunkpolitik nicht gegen die Sender, nicht gegen die Intendanten, erst recht nicht gegen die Redakteure machen, sondern wir wollen es doch gemeinsam machen, immer mit dem einen Ziel, das Öffentlich-Rechtliche so, wie wir es schätzen, für die Zukunft aufzustellen. Darum geht es. Es geht um ein positives Ziel.

**Küpper:** Ist das Ganze – teilen Sie diese Einschätzung – existenziell bedroht?

**Liminski:** Ich glaube schon, dass die Akzeptanz in der Öffentlichkeit sowohl für die Finanzierung als auch für das Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf dem Prüfstand steht und einem Stresstest ausgesetzt ist, und wir sollten es an der Stelle nicht erst zur Mutprobe kommen lassen, sondern wir sollten rechtzeitig handeln, um das so aufzustellen, dass das dauerhaft auf Akzeptanz stößt.

**Küpper:** Wieviel Zeit bleibt noch?

**Liminski:** Ich glaube, dass es richtig ist, jetzt zügig zu handeln. Solche Debatten wie diesen Sommer können wir uns nicht allzu oft erlauben. Da erodiert Vertrauen. Damit haben viele Institutionen in dieser Gesellschaft zu kämpfen, aber auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, und es ist wichtig, an der Stelle sich jetzt nicht in eine Wagenburg zurückzuziehen, sich selber zur Bastion der Demokratie zu machen, die nicht hinterfragt werden darf, sondern selber Reformbereitschaft zu zeigen und damit zu zeigen, welche Kraft in unserer Demokratie steckt. Da kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch als Vorbild vorangehen.

**Küpper:** Aber was macht Sie optimistisch, dass es schnell gehen könnte? Denn auch aus den Ländern, von Ihren Kolleginnen und Kollegen kommen durchaus auch ablehnende Töne. Gleichzeitig ist auch das Bild innerhalb der Intendantinnen und Intendanten eher heterogen.

**Liminski:** Das ist so, aber ich nehme unter den Kolleginnen und Kollegen Chefs der Staats- und Senatskanzleien ebenso wie unter den Intendantinnen und Intendanten ein großes Problembewusstsein wahr. Dieses Problembewusstsein muss jetzt umgemünzt werden in ein Verantwortungsbewusstsein dafür, dass man selber in Führungsposition ist, um zu handeln, und nicht, um zu beklagen. Das ist der Appell von Tom Buhrow. So verstehe ich ihn und so greifen wir ihn in Nordrhein-Westfalen auch auf und wollen das jetzt in die Tat umsetzen.

**Küpper:** Und hinter dem stehen Sie auch?

**Liminski:** Hinter diesem Appell stehe ich auch.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.  
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-  
kussionen nicht zu eigen.*